

Anja Zilch
Direktkandidatin Freie Wähler
Wahlkreis 168
Hersfeld-Rotenburg/Werra-Meißner

Sehr geehrte Frau Biaesch,
sehr geehrte Landfrauen,

vielen Dank für Ihr Interesse an meiner Partei Freie Wähler und vor allem an meiner Person als Direktkandidatin.

Vorab möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen:

Ich bin 57 Jahre alt, habe 2 Kinder und 6 Enkelkinder. Ursprünglich habe ich mal Verwaltungsfachangestellte gelernt, später nochmals eine Ausbildung zur Versicherungsfachfrau absolviert. In diesem Beruf arbeite ich heute noch. Ich bin seit über 25 Jahren ehrenamtlich in der Gemeinde- und Kreispolitik tätig. Außerdem bin ich z.Z. Schöffin beim Sozialgericht und war auch in mehreren Vereinen im Vorstand tätig. Ich bin seit 25 Jahren verwitwet und kann die Ängste und Zweifel der Frauen gut nachvollziehen.

Die Freien Wähler Hessen haben alle 3 Direktkandidatinnen auf der Landesliste unter die ersten 10 Plätze verteilt.

Zu Ihren Fragen:

1. Frauenpolitik

- wir fördern mehr Frauen in der Politik, z.B. Kleinkinder mit zu Sitzungen nehmen
- keine geschlechterspezifische Ausbildungsmodelle mehr, damit besserer Zugang für Frauen zu Berufen mit höherem Einkommen. Bessere Kinderbetreuung. Aufklärung der Frauen
- 2000€ steuerfreies Einkommen im Monat, erst ab da gilt die Steuertabelle
- Wir setzen uns für die Schaffung von Standards und ein Monitoring ein. Ebenso ist eine Stärkung der Rolle von Gleichstellungsbeauftragten und deren Unabhängigkeit zu fördern. Auch eine Auszeichnung in Form von Labeln für besonders gelungene Fortschritte bei der Gleichstellung ist für uns selbstverständlich, um eine Entgeltgleichheit zu erreichen, Lohndiskriminierung zu bekämpfen und das geschlechtsspezifische Lohngefälle abzubauen.
- Wir möchten die gezielten niederschweligen Hilfsangebote und Aufklärungskampagnen, z. B. in Form von Sozialarbeitern, Workshops, Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Schulen für Kinder und Frauen, sozialen Einrichtungen und professionell begleiteten Social-Media Kanälen, sowie eine enge bundesländerübergreifende Zusammenarbeit aller Behörden ausbauen, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen gezielt zu bekämpfen.

2. Frauen in der Landwirtschaft

- Nach wie vor sind Frauen in bestimmten Berufsbereichen der Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Politik unterrepräsentiert. Wir setzen uns für Programme und Qualifizierungsmaßnahmen ein, die diesen Mangel an Frauen in den genannten Bereichen beheben, um Unternehmensführung multiperspektivisch zu gestalten und

damit wirtschaftlich erfolgreicher zu agieren. Dazu gehört auch die Landwirtschaft.

- Nationale Auflagen müssen im Sinne der Subsidiarität entsprechend auf Länderebene übertragen werden. Regionale Anpassungsspielräume sind auszuschöpfen. Das Leben in den eigenen vier Wänden darf kein Privileg der gesellschaftlichen Eliten sein, sondern muss der Mitte der Bevölkerung zugänglich sein. Eine hohe Wohneigentumsquote macht unser Land krisenfest, schützt vor Altersarmut, schafft generationenüberdauernde Werte und erhöht die persönliche Freiheit in unserem Land.
- keine speziellen Bildungsangebote für Frauen

3. Ländliche Räume

- Gemeinschaftspraxen statt investorenbetriebener MVZs
- Zeitgemäße Honorierung der Ärzte und Heilberufe
- Wohnortnahe Krankenhausversorgung sichern

Förderung von kommunal betriebenen Kliniken im ländlichen Raum incl. Geburtshilfe vor Ort

Versorgung rund um die Geburt flächendeckend sicherstellen

- Die Leistung pflegender Angehöriger ist außerordentlich und bedarf deutlich mehr gesamtgesellschaftlicher Unterstützung. Für Familienangehörige muss mehr unbürokratische und individuelle Hilfe abrufbar werden. Ebenso sind eine finanzielle Entschädigung und die Anerkennung der Pflegezeit bei der Altersrente erforderlich.

- Das Leben in den eigenen vier Wänden

darf kein Privileg der gesellschaftlichen Eliten sein, sondern muss der Mitte der Bevölkerung zugänglich sein. Eine hohe Wohneigentumsquote macht unser Land

Wir setzen auf die Innovationskraft und den technischen Fortschritt und wollen auf Abgaben und Verbote verzichten, soweit es möglich ist. Die Berücksichtigung sozialer Aspekte muss bei allen politischen Maßnahmen erfolgen. die persönliche Freiheit in unserem Land.

- mehr Investitionen im Bereich der Städtebauförderung und der Dorferneuerung
- öffentlicher Nahverkehr im Stundentakt

4. Ernährung

- gegen die Lebensmittelverschwendung soll bereits auf dem Feld gegen Schädlinge vorgegangen werden. Das Haltbarkeitsdatum muss überdacht werden. Evtl. mit dem Zusatz „dieses Lebensmittel ist oft länger gut“. Umsonstregale fördern.

- Wir setzen auf die Innovationskraft und den technischen Fortschritt und wollen auf Abgaben und Verbote verzichten, soweit es möglich ist. Die Berücksichtigung sozialer Aspekte muss bei allen politischen Maßnahmen erfolgen. So auch bei der klimabewussten Ernährung. Unser Slogan: Apfel statt Avocado.

- Ein Teil der Lebensmittelverschwendung findet bereits auf dem Feld durch Schädlinge, Pilze oder EU-Normvorgaben statt. Diese Vorgaben ermöglichen, dass einiges Obst und Gemüse gar nicht erst ins Supermarktregal gelangt. Wir fordern, dass wirksame und bewährte Wirkstoffe geprüft und zugelassen werden, damit möglichst wenig Lebensmittel auf dem Feld und im Lager verderben oder gar nicht angebaut werden.

- Insekten sind für uns keine Lebensmittel

Natur- Nachhaltigkeit - Klimaschutz

Nachhaltige Lebensmittel sind die, die in unserem Land angebaut bzw. gezüchtet werden und auch hier der Ernährung dienen.

Wir stehen für die Wertschätzung von Lebensmitteln

Die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland ist von großer Bedeutung und auch sehr wichtig. Optimal wäre eine Selbstversorgung, ohne auf Importe angewiesen zu sein. Landwirtschaftliche Flächen dürfen nicht verbraucht werden. Bei Verkauf sollen Landwirte ein Vorkaufsrecht erhalten. Bauernland in Bauernhand.

- Wenn es um Flächenkonkurrenz für Infrastruktur, Wohnbebauung, Industrieansiedelung oder auch für den Ausbau regenerativer Energie geht, ist landwirtschaftliche Fläche, neben anderen Schutzgütern, als gleichberechtigtes „Schutzgut zur Ernährung von Mensch und Tier“ zu betrachten. Politische Verpflichtungen zur Stilllegung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen lehnen wir ab. Wir stehen für eine nachhaltige Bodennutzung, in der die vielfältigen Flächenansprüche künftig strategisch gesteuert werden

Ehrenamt und Demokratie

- Ehrenamt ist gelebte Demokratie: Die Engagierten übernehmen Verantwortung und bringen voran, was ihnen am Herzen liegt. Sie gestalten unsere Gesellschaft mit. Aktive Bürger bringen Menschen zusammen und machen unsere Demokratie stärker. Deshalb setzen wir uns so vehement für den Erhalt und die Stärkung der Ehrenamtskultur ein.

- Ehrenamts-, Übungsleiterpauschale und Haftungsfragen für Vorstände werden von Vereins- und Verbandsmitgliedern immer wieder diskutiert. Ehrenamtliche sind vor überzogener Bürokratie zu schützen. Wir sehen die Notwendigkeit einer regelmäßigen Anpassung der steuerlichen Entlastungsbeträge, insbesondere der Ehrenamtspauschale. Wir fordern darüber hinaus, dass ein langjähriges freiwilliges Engagement durch zusätzliche Rentenpunkte honoriert wird.

- Ein Ehrenamt soll parallel zur Berufstätigkeit ausgeübt werden können. Für den Dienst an der Gesellschaft fordern wir deutliche Vergünstigungen und Entlastungen. Daher sehen wir es als notwendig an, auch für ehrenamtlich ausgeübte gemeinnützige oder mildtätige Tätigkeiten Freistellungen, ähnlich der Feuerwehr, gesetzlich zu verankern. Sofern Arbeitgeber durch eine solche Regelung belastet werden, sind sie angemessen finanziell zu entschädigen.

Wilhelm Hartmann, Freie Wähler, Wahlkreis 173

Sehr geehrte Frau Biaesch,

vielen Dank für Ihre Mail, verbunden mit der Möglichkeit, zu Ihren sehr wichtigen Fragestellungen unsere Antworten zu übermitteln.

Mehrere FREIE WÄHLER Direktkandidaten wurden ja von Ihrem Haus angeschrieben. Als hessischer Spitzenkandidat möchte ich stellvertretend für meine hessischen Parteifreunde im Sinne der durch unsere Partei angestrebten Ziele antworten.

Zu 1. Frauenpolitik:

Die FREIEN WÄHLER streben die **wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen** durch gezielte, praxisorientierte Maßnahmen an. Sie setzen auf eine Förderung von Chancengleichheit, bei der sowohl Frauen als auch Männer gleiche Karriere- und Verdienstmöglichkeiten erhalten. Ein wichtiger Ansatz ist die verstärkte Unterstützung von Frauen in MINT-Berufen und Führungspositionen durch Bildungsinitiativen und gezielte Weiterbildungsangebote. Zudem wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexiblere Arbeitszeitmodelle und bessere Betreuungsmöglichkeiten gefördert. Statt starrer Quotenregelungen setzt man auf individuelle Leistungsorientierung und gerechte Entlohnung, ohne jedoch den Wettbewerb durch unnötige staatliche Eingriffe zu verzerren. So sollen alle Beschäftigten, unabhängig von Geschlecht oder Herkunft, faire Chancen auf beruflichen Erfolg erhalten.

Die FREIEN WÄHLER beabsichtigen, die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen **gesellschaftlichen Bereichen durch eine gesetzliche Verankerung** von Chancengleichheit und Fairness zu fördern. Dabei setzen sie auf eine gezielte Förderung von Gleichstellung durch Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, ohne starre Quotenregelungen einzuführen. Sie unterstützen Maßnahmen, die den Zugang zu Führungsebenen und gut bezahlten Berufen für Frauen erleichtern, etwa durch mehr flexible Arbeitszeitmodelle und die Förderung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Ziel ist es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Gleichstellung im Arbeitsmarkt langfristig sichern, ohne dabei den Wettbewerb zu verzerren oder die unternehmerische Freiheit unnötig einzuschränken.

Die FREIEN WÄHLER setzen sich für einen umfassenden **Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt und die Sicherstellung von effektiven Hilfsangeboten**. Sie befürworten die Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um Täter konsequenter zur Verantwortung zu ziehen und Betroffene besser zu schützen. Dazu gehört auch die Förderung von Präventionsmaßnahmen, die frühzeitig auf Gewaltsituationen aufmerksam machen und Opfer unterstützen. Die Freien Wähler möchten den Ausbau von Notruf- und Beratungsstellen vorantreiben und sicherstellen, dass Frauen in Notlagen schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten können. Zudem sollen weiterführende Schutz- und Unterstützungsangebote wie Frauenhäuser, psychosoziale Beratungsdienste und rechtliche Beratung ausgebaut und für alle Frauen zugänglich gemacht werden.

Die FREIEN WÄHLER positionieren sich zur **Neuregelung des § 218**, der die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs regelt, mit einem pragmatischen Ansatz. Sie setzen sich für eine Lösung ein, die sowohl den Schutz des ungeborenen Lebens berücksichtigt als auch die Selbstbestimmung der Frauen respektiert. Sie befürworten eine Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen, die es Frauen ermöglichen, informierte Entscheidungen in einer schwierigen Lebenssituation zu treffen, ohne jedoch die ethischen und moralischen Fragen

außer Acht zu lassen. Die FREIEN WÄHLER möchten dabei eine rechtliche Klarstellung erreichen, die sowohl die Rechte der Frauen als auch die Würde des ungeborenen Lebens wahrt.

Die FREIEN WÄHLER setzen sich für eine **geschlechtergerechte Gesundheitspolitik** ein, die die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt. Sie befürworten eine stärkere Fokussierung auf frauenspezifische Gesundheitsfragen, wie die Verbesserung der Versorgung in den Bereichen Geburtshilfe, gynäkologische Gesundheitsvorsorge und die Behandlung von Brustkrebs. Dabei soll der Zugang zu Gesundheitsleistungen für Frauen besonders in ländlichen Regionen erleichtert werden. Für Männer wird die Prävention von Erkrankungen wie Prostatakrebs oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen stärker in den Fokus gerückt. Zudem möchten die FREIEN WÄHLER sicherstellen, dass geschlechtersensible Forschung und die Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden in der medizinischen Ausbildung und Praxis verstärkt werden. Ziel ist es, ein Gesundheitssystem zu fördern, das individuell und gleichwertig auf die Bedürfnisse aller Geschlechter eingeht.

Zu 2. Frauen in der Landwirtschaft:

In welcher Weise stellen Sie den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land, Ressource und Finanzmitteln sicher?

A: Um die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen zu verbessern, ist ein Ausbau der Kinderbetreuung dringend erforderlich. Es braucht mehr Kita-Plätze, die bezahlbar und flexibel verfügbar sind, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Zusätzlich sollten Programme den Wiedereinstieg nach der Elternzeit fördern, 92 beispielsweise durch Fortbildungen oder Mentoring. Partnerschaftliche Arbeitsmodelle, wie eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Elternzeit, und familienfreundliche Arbeitsbedingungen in Unternehmen sind ebenfalls wichtige Schritte.

Wie wollen Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen?

A: Frauen müssen gefördert werden

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen?

A: Bei Frauen das Bewusstsein für eine Altersvorsorge stärken

Wie werden Sie zukünftig in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geschlechtergerechte , Förderprogramme umsetzen?

A: Die EU-Richtlinien sind Rahmenrichtlinien und Verordnungen, deren Umsetzung den jeweiligen Mitgliedsländern obliegt. Anders als in anderen EU-Ländern setzt Deutschland diese Vorgaben meist bundeseinheitlich ohne Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten um. Nationale Auflagen müssen im Sinne der Subsidiarität entsprechend auf Länderebene übertragen werden. Regionale Anpassungsspielräume sind auszuschöpfen. Wettbewerbsbenachteiligungen im Vergleich zum europäischen Standard müssen ausgeglichen werden. Des Weiteren sprechen wir uns für die Beibehaltung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete aus.

Werden Sie gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft schaffen?

A: Dies sollte Ziel aller Parteien sein.

Zu 3. Ländliche Räume:

Wie wollen Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen?

A: Finanzierung des Gesundheitswesens und die Pflegeversicherung reformieren, Notfallversorgung ausbauen, Abbau der Bürokratie, wohnortnahe Apotheken fördern, Rahmenbedingungen für professionelle Pflege verbessern, wohnortnahe Krankenhausversorgung erhalten (Auszug aus unserem Wahlprogramm, für mehr Details : <https://freiewaehler.eu/unsere-politik/wahlprogramm/>)

Gehört für Sie die Geburtshilfe zur medizinischen Grundversorgung?

A: Ja. Wir fordern zudem eine bessere Aufklärung über Beratungsangebote und Wahlmöglichkeiten von Behandlungen, Untersuchungen sowie generellen Möglichkeiten zur Begleitung der Schwangerschaft und der Geburt. Darüber hinaus ist eine Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit von Fachkräften rund um Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und dem ersten Lebensjahr – wie Ärzten, Hebammen, zertifizierten Mütterpflegerinnen und Stillberaterinnen sowie anderen Stellen für koordinierte Hilfsangebote – beispielsweise durch runde Tische nötig!

In welcher Form wollen Sie die häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken?

A: Durch Aufwertung der prof. Pflege, Stärkung von pflegenden Angehörigen und den Ausbau der Geburtshilflichen Familienversorgung

Wie soll Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiv gestaltet werden?

A: Durch bezahlbaren Wohnraum ohne Mietendeckel, Stärkung des Mieterschutzes, Förderung von selbst genutztem Wohneigentum, Förderung von Wohnraum für Auszubildende, Erhaltung der Ortskerne und die zügige Umsetzung der neuen Wohngemeinnützigkeit

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben?

A: Flächendeckende Barrierefreiheit im ÖPNV sowie Taxi und Fahrdiensten, Förderung von klimafreundlicher Mobilitätsangeboten, Güterverkehr von der Straße auf Schiene und Wasser, Investition nicht nur in „smart Citys“ sondern auch in „smart Villages“, Deutschlandticket ja, jedoch nicht zu Lasten der Kommunen.

Zu 4. Ernährung:

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein flächendeckendes Netz der Beratungsstellen Verbraucherberatung erhalten und finanziell absichern?

A: Es braucht eine bessere Vernetzung der Beratungsstellen

Wie wollen Sie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Privathaushalten erreichen?

A: Haltbarkeitsdaten reformieren, Recyclingquote –fähigkeit ausbauen

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gesundheits- und klimabewusste Ernährungsbildung vorantreiben und finanzieren?

A: Wir brauchen eine Intensivierung des Dialoges zwischen Verbrauchern, Landwirten und politisch Verantwortlichen. Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit der Landwirtschaft stärken und die Wertschätzung für unsere heimische Landwirtschaft steigern. Wissenschaftliche

Erkenntnisse und praxisnahe Sachargumentation müssen Klarheit schaffen gegenüber emotional geführten Kampagnen.

Wie beabsichtigen Sie, gesündere Ernährung zu erleichtern und eine Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Gemüse-, Hülsenfrüchte- und Obstanbau anzustoßen?

A: Wir FREIE WÄHLER schreiben keine Ernährungsform vor. Auf eine ausgewogene Ernährung, vitaminreiche und möglichst regional produzierte Lebensmittel wollen wir verstärkt hinwirken.

Wie stehen Sie zu der Absicht, die Produktion von Insekten als Lebensmittel zu befördern und die Entwicklung der Konsumentennachfrage auszubauen?

A: Auch hier darf der Verbraucher entscheiden. Klare Kennzeichnungen von Zusätzen müssen als Produktinformation als Entscheidungshilfe für den Konsumenten erkennbar sein. Unserer Ansicht nach, wird sich der Zutrag von Insekten nicht etablieren.

Zu 5. Natur-Nachhaltigkeit-Klimaschutz

Wie stellen Sie sich klimabewusste Ernährung für Verbraucher*innen vor?

A: Regionale, klimafreundliche Produktion fördern, Schutz der landwirtschaftlichen Flächen, Informationsangebote und den Dialog in der Gesellschaft ausbauen.

Unterstützen Sie die DGE-Ernährungsempfehlungen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

A: Wir sehen die Empfehlungen als nicht zielführend für Deutschland an. Wir setzen uns für den Erhalt der vielfältigen Landwirtschaft in Deutschland ein, heimische Produktion von Gemüse und Obst sowie der klimafreundlichen Tierhaltung.

Wie sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland?

A: Die deutsche Landwirtschaft muss weiter gestärkt und gefördert werden. Durch beispielsweise Bürokratieabbau, Förderprogramme und Steuerentlastungen.

Wie werden Sie konkret die Flächenversiegelung reduzieren?

A: Wir müssen verantwortungsbewusst mit dem weiteren Verbrauch und der Inanspruchnahme von Flächen für die Verkehrs- und Siedlungspolitik umgehen, um unseren nachfolgenden Generationen Natur- und Lebensqualität weitergeben zu können und ihnen noch Planungsspielräume zu überlassen. Wir stehen für eine nachhaltige Bodennutzung, in der die vielfältigen Flächenansprüche künftig strategisch gesteuert werden. Im Bereich des Baurechts stehen wir für einen nutzungsintegrierten Ansatz: Neu besiedelte Fläche darf nicht mehr mit landwirtschaftlicher Nutzfläche ausgeglichen werden, da diese komplett aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung fällt.

Wie wollen Sie die Netto-Null-Neuversiegelung der Flächeninanspruchnahmen bis 2030 erreichen?

A: Man muss intensiv am Leerstand arbeiten und diese Gebäude mit spezieller Förderung wieder aktivieren.

Zu 6. Ehrenamt und Demokratie:

Wie beabsichtigen Sie ein Demokratiefördergesetz zu errichten?

A: Wir setzen uns für den Erhalt und die Ausweitung von Bürgerbeteiligung beispielsweise in Form von Volksentscheide ein. Wir fordern zudem die Herabsetzung der 5% Hürde sowie den

Erhalt der Grundmandatsklausel. Des Weiteren sollte der Bundespräsident direkt vom Volk gewählt werden, dies erhöht die Legitimation und stärkt die Verbindung zwischen Bevölkerung und Staatsoberhaupt.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Demokratie stärken und die Teilhabe durch Engagement sowie das Ehrenamt fördern?

A: Ehrenamt ist gelebte Demokratie: Die Engagierten übernehmen Verantwortung und bringen voran, was ihnen am Herzen liegt. Sie gestalten unsere Gesellschaft mit. Aktive Bürger bringen Menschen zusammen und machen unsere Demokratie stärker. Ehrenamtliche sind vor überzogener Bürokratie zu schützen. Wir sehen die Notwendigkeit einer regelmäßigen Anpassung der steuerlichen Entlastungsbeträge, insbesondere der 103 Ehrenamtspauschale. Wir fordern darüber hinaus, dass ein langjähriges freiwilliges Engagement durch zusätzliche Rentenpunkte honoriert wird.

Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf?

A: Ein Ehrenamt soll parallel zur Berufstätigkeit ausgeübt werden können. Für den Dienst an der Gesellschaft fordern wir deutliche Vergünstigungen und Entlastungen. Daher sehen wir es als notwendig an, auch für ehrenamtlich ausgeübte gemeinnützige oder mildtätige Tätigkeiten Freistellungen, ähnlich der Feuerwehr, gesetzlich zu verankern. Sofern Arbeitgeber durch eine solche Regelung belastet werden, sind sie angemessen finanziell zu entschädigen. Staatliche Unterstützung in Form von hauptamtlich besetzten Anlaufstellen für Ehrenamtliche (Ehrenamtsagenturen) kann die Mitarbeiter von administrativen Arbeiten entlasten und ihnen kompetente Beratung bieten. Darunter fallen z. B. die Beantragung von Fördermitteln und die Beratung in rechtlichen Fragen sowie bei Herausforderungen der Digitalisierung. Gute Ansätze dafür bietet die „Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt“

Ich hoffe, Ihnen einen umfangreichen Einblick in unsere DNA vermittelt zu haben. Uns liegt der Ländliche Raum sehr am Herzen, da hier unsere Wurzeln herrühren.

Bei Rückfragen, gerne melden.

Herzliche Grüße,

Wilhelm Hartmann

Informationen zu unserem **Wahlkreiskandidaten** und **hessischen Spitzenkandidaten** zur **Bundestagswahl 2025 Wilhelm Hartmann** erfahren Sie hier

<https://freiewaehler-fulda.de/btw-2025/>

Kontakt:

FREIE WÄHLER Stadt Fulda
Washingtonallee 16
36041 Fulda
Telefon: 0176-17931549
info@freiewaehler-fulda.de



Jörg Leichthammer – Freie Wähler – WK 178

Wahlprüfsteine der hessischen Landfrauenverbandes

1. Frauenpolitik

» Wie beabsichtigen Sie, die Parität in den Parlamenten zu sichern und sie im Wahlrecht zu verankern? **Die Gleichstellung der Geschlechter ist mir ein zentrales Anliegen.**

» Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Altersarmut von Frauen beseitigen? **Altersarmut verhindern durch eine starke Wirtschaft und gerechte Sozialpolitik.**

» In welcher Form werden Sie das Ehegatten-Splitting reformieren? **Die bisherige Form des Ehegattensplittings ist „nicht zielführend“.**

» Was planen Sie zur Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes? **Die Schwellen von 200 Beschäftigten ist nicht mehr zeitgemäß.**

» Wie beabsichtigen Sie die wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu realisieren? **Abbau von Hindernissen zur wirtschaftlichen Gleichstellung von Frauen.**

» In welcher Form werden Sie die Gleichstellung grundsätzlich mitdenken und gesetzlich verankern? **Eine gesetzliche Verankerung ist lange überflüssig.**

» Wie wollen Sie Frauen vor häuslicher Gewalt schützen und Hilfsangebote sicherstellen? Häusliche Gewalt bundesweit und einheitlich bekämpfen.

» Wie positionieren Sie sich zur Neuregelung des § 218? **Dieses Thema hat großes Potenzial zur Polarisierung. Aber beim Abtreibungsrecht geht es um die Frauen.**

» Welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik? **Die geschlechterspezifische Gesundheitsförderung muss gestärkt werden.**

2. Frauen in der Landwirtschaft

» In welcher Weise stellen Sie den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land, Ressource und Finanzmitteln sicher? **Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit ist eine Selbstverständlichkeit.**

» Wie wollen Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen? **Der Anteil von Frauen in der Landwirtschaft ist rund 36 Prozent. Was Sie aber mit „Sichtbarkeit“ meinen entzieht sich meinem Verständnis**

» Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen? **Eine Altersarmut kann durch bessere wirtschaftliche Verhältnisse der Betriebe verhindert werden.**

» Wie werden Sie zukünftig in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geschlechtergerechte ,

Förderprogramme umsetzen? **Wir fordern den Erhalt und den Ausbau der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).**

» Werden Sie gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft schaffen? **Ja**

3. Ländliche Räume

» Wie wollen Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen? **Wir setzen uns für eine wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung ein.**

» Gehört für Sie die Geburtshilfe zur medizinischen Grundversorgung? **Ja.**

» In welcher Form wollen Sie die häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken? **Wir machen uns für den Ausbau von Pflegeangeboten gerade im ländlichen Raum stark.**

» Wie soll Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiv gestaltet werden? **U.a. bezahlbarer Wohnraum, Digitalisierung des ländlichen Gebietes, guten ÖPNV auch im ländlichen Raum.**

» Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben? **Enge Taktung den ÖPNV, ausreichende Infrastruktur für E-Mobilität.**

4. Ernährung

» Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein flächendeckendes Netz der Beratungsstellen Verbraucherberatung erhalten und finanziell absichern? **Die Verbraucherberatungsstellen müssen vom Bund finanziert werden.**

» Wie wollen Sie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Privathaushalten erreichen? **Durch Aufklärung und Werbung.**

» Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gesundheits- und klimabewusste Ernährungsbildung vorantreiben und finanzieren? **Durch Aufklärung und Werbung. Finanzierung durch den Bund.**

» Wie beabsichtigen Sie, gesündere Ernährung zu erleichtern und eine Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Gemüse-, Hülsenfrüchte- und Obstanbau anzustoßen? **Die Freien Wähler stehen für praxisgerechte und nachhaltige Agrarpolitik. Wir wollen die Vielfalt der Landwirtschaft erhalten.**

» Wie stehen Sie zu der Absicht, die Produktion von Insekten als Lebensmittel zu befördern und die Entwicklung der Konsumentennachfrage auszubauen? **Ich habe kein Verständnis dafür, Insekten als Lebensmittel zuzulassen.**

5. Natur – Nachhaltigkeit – Klimaschutz

» Wie stellen Sie sich klimabewusste Ernährung für Verbraucher*innen vor? **Umweltschutz ist ein zentraler Baustein unseres politischen Handelns.**

» Unterstützen Sie die DGE-Ernährungsempfehlungen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen? **Ich lehne den Vorstoß der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ab.**

» Wie sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland? **U.a. bäuerliche Familienbetriebe und ökologischen Landbau weiter stärken. Digitalisierung und Bauernhof 4.0. Nein zum GVO-Anbau.**

» Wie werden Sie konkret die Flächenversiegelung reduzieren? **Durch aufstockende Gewerbebauten und Einkaufsmärkte. Parkflächen und Parkdecks auf Gebäuden schaffen. Innenstadt beleben. Ausgleichsflächen kontrollieren. Grünflächen ökologisch gestalten und konsequent ausbauen.**

» Wie wollen Sie die Netto-Null-Neuversiegelung der Flächeninanspruchnahmen bis 2030 erreichen? **Durch die obengenannten Maßnahmen und einer neu gegen alt Regelung.**

6. Ehrenamt und Demokratie

» Wie beabsichtigen Sie ein Demokratiefördergesetz zu errichten? **Das Demokratiefördergesetz darf den Grundpfeiler der Demokratie und die Meinungsfreiheit nicht beeinflussen. Daher sehe ich das Gesetz kritisch.**

Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungen einbeziehen

» Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Demokratie stärken und die Teilhabe durch Engagement sowie das Ehrenamt fördern? **U. a. Die Freien Wähler stehen für mehr direkte Demokratie durch Bürgerbeteiligung und Volksentscheide. Die Wahl des Bundespräsidenten, als wichtigster Repräsentant unseres Landes, sollte direkt vom Volk gewählt werden.**

» Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf? **Ohne das Ehrenamt wäre unsere Bundesrepublik nicht so lebenswert und von den Kosten untragbar. Deshalb stehen wir für eine Wertschätzung des Ehrenamts. Ideen wie Freistellungstage, eine verpflichtende Einführung der Ehrenamtcard und eine gewisse Anrechnung der Ehrenämter an das Renteneintrittsalter bzw. der Höhe der Rente müssen weiterverfolgt werden.**